

Pressemitteilung

18.04.2024

Studie: Medien berichteten größtenteils sachlich über Heizungsgesetz – politische Versäumnisse machten aufgeheizte Debatte möglich

Ein Jahr nach seinem Beschluss durch das Bundeskabinett (19.04.2023) haben Wissenschaftler erstmals eine systematische Analyse der Medienberichterstattung über das Heizungsgesetz vorgelegt. Das Ergebnis: Die untersuchten Medien berichteten thematisch vielfältig, überwiegend negativ, aber größtenteils faktisch korrekt. Ausnahmen sind die verkürzten und teils irreführenden Aussagen der Bild-Zeitung sowie linker und insbesondere rechter Extremmedien, die den emotionalen Ton der Debatte setzen konnten. Eine auf die Studienergebnisse aufbauende Analyse zeigt, wie politische Versäumnisse dies ermöglichten – und zieht daraus Schlussfolgerungen für zukünftige Gesetzesvorhaben.

Die Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) ist eines der umstrittensten Projekte der Bundesregierung und löste im vergangenen Jahr eine äußerst emotionale Debatte aus. Für die daraus resultierende Verunsicherung in der Bevölkerung und die sinkende Zustimmung zur Klimapolitik waren wahlweise eine mediale Kampagne oder schlechte Kommunikation der Regierung verantwortlich gemacht worden. Diese Thesen wurden in einer zweiteiligen Veröffentlichung des Berliner Think Tanks Das Progressive Zentrum nun erstmals systematisch analysiert.

Medien berichteten sachlich korrekt, Bild und Extremmedien teils irreführend

Im ersten Teil der Publikation präsentieren die Wissenschaftler vom Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Dr. Pablo Jost und Matthias Mack, die Ergebnisse einer quantitativen Inhaltsanalyse von 2.036 Beiträgen 19 deutscher Medien. Im Fokus steht dabei die Frage, wie vielfältig und ausgewogen deutsche Nachrichtenmedien im Jahresverlauf 2023 über das GEG berichtet haben.

Die Ergebnisse der Analyse zeichnen insgesamt ein differenziertes Bild der Berichterstattung deutscher Medien zum GEG – mit einer hohen thematischen Vielfalt und überwiegend korrekten Informationen zum Austausch bzw. Weiterbetrieb alter Heizungssysteme. Der Fokus der Berichterstattung liegt auf dem Gesetzesinhalt, den politischen Prozessen und der technologischen Umsetzbarkeit. Fast ausnahmslos negativ wird über die mangelhafte Vermittlung und geringe Akzeptanz des Gesetzes berichtet. Auch die Auswirkungen auf Wirtschaft und Klimaschutz werden negativ bewertet – ebenso wie das Agieren der beteiligten politischen Akteurinnen und Akteure.

Aufgeheizt wurde die Debatte demnach vor allem auch durch die Bild und Medien am rechten und linken Rand des publizistischen Spektrums, die in relevantem Maße bzw. sogar überwiegend irreführende Informationen vermittelten. Eine virale Verbreitung in Social Media erfuhren vor allem die Beiträge von Bild und rechten Extremmedien. „Insbesondere die Verwendung negativ besetzter und teils inhaltlich stark verkürzender und damit irreführender Begriffe wie ‘Heizverbot’ waren einer sachlichen Auseinandersetzung abträglich“, so Jost.

Politische Versäumnisse machten aufgeheizte Debatte möglich

Aufbauend auf den Studienergebnissen der Universität Mainz zieht Politik- und Kommunikationsberater Dr. Johannes Hillje im zweiten Teil der Publikation Schlussfolgerungen aus der Debatte für Politik und Medien. Er konstatiert: Das Akzeptanzdefizit bei einem der bedeutendsten Klimaschutzvorhaben dieser Legislaturperiode müsse sich die Bundesregierung in erster Linie selbst zuschreiben.

Dass eine derart aufgeheizte Debatte überhaupt möglich war, führt Hillje sowohl auf Versäumnisse in der politischen Konzeption als auch der politischen Kommunikation des GEG zurück. Insbesondere hätten die Verantwortlichen mit Blick auf Erkenntnisse aus der Akzeptanzforschung die soziale Abfederung beim GEG deutlich früher berücksichtigen müssen (Förderung vor Forderung), eine langfristige Kostenperspektive im Gesetz verankern sollen (Lebenszykluskosten von Heizsystemen) sowie infrastrukturelle Maßnahmen im Bereich der kommunalen Wärmeversorgung voranstellen müssen (Infrastruktur vor Individuum). Zudem hätten die zuständigen Ministerien aufgrund des Leaks des Gesetzesentwurfs und fehlender frühzeitiger Kommunikation (“Frame-Setting”) zu keinem Zeitpunkt Deutungshoheit über das eigene Gesetz gehabt – etwas, das es im Sinne einer sachlicheren Debatte bei zukünftigen Gesetzesvorhaben dringend sicherzustellen gelte.

Komplexe Klimaschutzmaßnahmen als Herausforderung für den Journalismus

Dass sich manche Mythen über das GEG in der Debatte lange halten konnten, führt Hillje aber auch auf redaktionsstrukturelle Gründe sowie eine mangelnde Transformationskompetenz in Medienredaktionen zurück; den teils irreführenden Darstellungen von Bild und Extremmedien frühzeitig eine seriöse Berichterstattung entgegenzusetzen, sei aufgrund der technischen Komplexität des Themas kaum möglich gewesen.

„Bei zukünftigen Klimaschutzmaßnahmen sollten Akzeptanzfaktoren stärker berücksichtigt werden und die Informationen effektiver als die Desinformationen sein“, sagt Hillje. Auch die demokratische Opposition sei in der GEG-Debatte ihrer Verantwortung für einen faktenbasierten Diskurs nicht immer gerecht geworden und habe die Dramatisierungen des Boulevards in ihrer Kommunikation verstärkt.

Die vollständige Studie finden Sie [hier](#).

Pressekontakt

Maria Menzel-Meyer

Das Progressive Zentrum

Leiterin Strategische Kommunikation

presse@progressives-zentrum.org